

# AUNST

Februar 2012 148. Ausgabe

# BULLETIN

## DIE SCHWEIZ WIRD GEJAGT!



DIE SCHWEIZ ALS UNSERE GEMEINSAME AUFGABE **SEITE 3**  
EWR-NEIN DURCH DIE HINTERTÜR **SEITE 5**  
FREI NUR BLEIBT, WER SEINE FREIHEIT GEBRAUCHT **SEITE 6**  
HISTORISCHE PARALLELEN DES EUROSYSTEMS **SEITE 8**  
OHNE MILITÄRDIENTSTPFLICHT KEINE MILIZARMEE! **SEITE 9**





Dr. Pirmin Schwander  
Nationalrat  
Kontakt: praesident@auns.ch

## NACH 20 JAHREN EWR-NEIN DOPPELN WIR NACH



Vor zwanzig Jahren startete der Abstimmungskampf gegen den Beitritt der Schweiz zum Europäischen Wirtschaftsraum EWR. Für den Bundesrat war der EWR die Vorstufe zum EG-Beitritt: «Wir beschlossen, den EG-Beitritt als Ziel unserer europäischen Integrationspolitik festzulegen und den EWR als eine besonders auch innenpolitisch wichtige Etappe in Richtung auf dieses Ziel zu betrachten.» (Bericht über einen Beitritt der Schweiz zur EG vom 18. Mai 1992). Mit dem EWR hätte die

Schweiz weite Teile des damaligen EG-Rechtes und ohne Mitsprache auch zukünftiges Recht übernehmen müssen. Der EWR war also eine folgeschwere Weichenstellung. Der Bundesrat stellte aber fest, der Bundesbeschluss über den EWR erfülle keine verfassungsrechtlichen Voraussetzungen für eine obligatorische Volksabstimmung. Immerhin erkannte der EG-beitrittswillige Bundesrat die innenpolitischen Folgen des «Trainingslagers EWR». Er kam zum Schluss, aus politischen Gründen sei eine Abstimmung durch Volk und Stände nötig. Am 6. Dezember 1992 verhinderten Volk und Stände den ersten EU-Integrationsschritt samt Beteiligung am EU/Euro-Debakel.

Nach 20 Jahren sind wir trotz EWR-Nein wieder gleich weit. Die bilateralen Verträge führen uns im Schnellzug in die EU. Der freie Personenverkehr und Schengen Dublin verursachen eine unkontrollierbare Einwanderung, weniger Sicherheit und eine chaotische Asylpolitik. Die EU fordert drohend die automatische Übernahme neuer EU-Richtlinien und die Unterstellung der Schweizer Gerichte unter EU-Gerichte. Damit attackiert sie die Schweizer Souveränität. Mit neuen bilateralen Verträgen wird der Anteil des EU-Rechtes an unserer nationalen Gesetzgebung noch weiter wachsen. Gleichzeitig schreitet die Demontage der direkten Demokratie voran. Die ständigen Geldforderungen aus EU-Brüssel und des Internationalen Währungsfonds IWF (Ostunterstützung, Euro) binden verstärkt Steuergeld. Was ist zu tun? Am 17. Juni 2012 kommt die AUNS-Initiative «Für die Stärkung der Volksrechte in der Aussenpolitik (Staatsverträge vors Volk!)» zur Abstimmung. Der Kreis schliesst sich. Nach 20 Jahren haben wir die Gelegenheit, endlich die Demokratie in der Aussenpolitik klar zu regeln und zu stärken. Endlich wird die Mitsprache befreit von der Gnade der Politiker. Die AUNS wird einen engagierten Abstimmungskampf führen.

Nationalrat Dr. Pirmin Schwander

ISSN 2234-9723

AUNS, Redaktion, Thunstrasse 113  
Postfach 669, 3000 Bern 31  
Tel. 031 356 27 27  
Fax 031 356 27 28, redaktion@auns.ch  
Postkonto: 30-10011-5

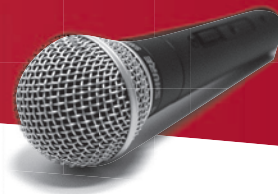
Die Ziele der AUNS (Art. 2 der Statuten):

- Überwachung der Aussenpolitik des Bundes sowie Orientierung der Mitglieder und des Volkes über die Probleme und die Problematik der schweizerischen Aussenpolitik;
- Einsatz zur Wahrung der Unabhängigkeit, der Neutralität und der Sicherheit der Schweizerischen Eidgenossenschaft;
- Verhinderung von Aktivismus bei der Aussenpolitik und von unnötigen internationalen Engagements.

Die Statuten der AUNS sind auf [www.auns.ch](http://www.auns.ch) abrufbar.

LEGATE

In einem Testament bestimmen Sie über Ihren Tod hinaus, was mit Ihrem Sparguthaben, Ihren Wertschriften und Liegenschaften geschehen soll. Wenn Sie die AUNS berücksichtigen, unterstützen Sie unsere Arbeit zum Erhalt der freien und neutralen Schweiz. Herzlichen Dank.



«Überall gilt der Grundsatz, dass wir Bürger selber anpacken.»

## AUNS-Gespräch mit Bundesrat Ueli Maurer

# DIE SCHWEIZ ALS UNSERE GEMEINSAME AUFGABE

**AUNS:** Sehr geehrter Herr Bundesrat, Sie führen das VBS, sind also für die Sicherheit zuständig. Erklären Sie uns: Wo lauern die gefährlichsten Bedrohungen für unser Land?

**Bundesrat Maurer:** Die gefährlichste Bedrohung ist immer die Sorglosigkeit. In der Schweiz wiegen sich viele, gerade auch viele Politiker, in einer falschen Sicherheit. Aus der Tatsache, dass wir die letzten Jahre in Frieden und Stabilität leben durften, zu schliessen, dass das immer so bleibt, ist naiv.

**AUNS:** Für Sie hat die zweite Amtszeit begonnen. Welche Ziele haben Sie sich gesetzt?

**Bundesrat Maurer:** Mit dem VBS will ich noch mehr für unsere Sicherheit erreichen: Die Herausforderung ist, unsere sehr verletzte moderne Gesellschaft gegen Bedrohungen zu schützen; auch gegen solche, die wir zum jetzigen Zeitpunkt noch gar nicht näher kennen.

Unsere Antwort ist eine flexible und aus dem Stand heraus einsetzbare Armee. Dafür müssen wir unter anderem die materielle Bereitschaft wieder vollständig erreichen.

Gleichzeitig muss die Armee mit den zivilen Behörden optimal vernetzt sein: Mit dem Sicherheitsverbund Schweiz steigern wir die Fähigkeit, auf Krisen unterhalb der Kriegsschwelle rasch reagieren zu können. In Arbeit ist zudem ein

Konzept zum Schutz der Schweiz gegen Cyber-Angriffe.

**AUNS:** Immer wieder wird Ihnen vorgeworfen, Sie würden noch intaktes Armeematerial vernichten. Die Festungsartillerie, eine unserer modernsten Waffen, wird ebenfalls ausser Dienst genommen. Wie begründen Sie das?

**Bundesrat Maurer:** Wir haben den Auftrag, die Armee auf 100'000 Dienstpflichtige zu verkleinern und stehen auch finanziell unter hohem Spardruck. Das zwingt uns zu einer ganz harten Prioritätensetzung.

Logischerweise können wir uns deshalb nicht mehr an der Doktrin der Armee 61 orientieren, wo wir noch ganz andere Ressourcen zur Verfügung hatten.

Wir haben schlicht die finanziellen Mittel nicht, um alterndes Material unterhalten zu können, das noch für eine Armee von 625'000 Soldaten bemessen war. Waffen, Anlagen und Ausrüstungen dürfen darum nicht isoliert angeschaut werden. Sie nützen nur, wenn sie in den gesamten Verteidigungs- und Sicherheitsüberlegungen einen klaren Zweck erfüllen. Wenn das Konzept nicht mehr mit unseren militärischen Möglichkeiten und Bedürfnissen übereinstimmt, bringt uns sogar eine noch modernere Waffe nur Kosten statt Nutzen. Die Festungsartillerie zum Beispiel war auf ein Einsatz- und Sperrkon-



«Aus der Tatsache, dass wir die letzten Jahre in Frieden und Stabilität leben durften, zu schliessen, dass das immer so bleibt, ist naiv.»

zept abgestimmt, das es nicht mehr gibt. Heute stehen diese Anlagen militärisch zusammenhangslos in der Landschaft und zielen mit ihren Geschützen oder Minenwerfern auf Wohnquartiere, die mittlerweile dort stehen, wo einmal Panzersperren waren. Kämen sie zum Einsatz, dann hätte das etwa die Wirkung, wie wenn man mit Schrotflinten auf die eigenen Menschen schießt, weil man einen einzelnen Verbrecher ausschalten will.

**AUNS:** Die Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) will die Armee abschaffen. Sie versucht es nach zwei gescheiterten Abstimmungen durch die Hintertür. Was bedeutet die GSoA-Forderung, die allgemeine Wehrpflicht abzuschaffen?

**Bundesrat Maurer:** In der Vergangenheit hat die GSoA auf die

Armee gezielt. Jetzt zielt sie auf ein Grundprinzip unseres Gemeinwesens: auf das Milizprinzip. Damit hat die Abstimmung eine Dimension, die weit über die Sicherheitspolitik im engeren Sinn hinausreicht: Es geht um die Rolle, die der Bürger in unserem Staat spielen soll. Seit jeher leben wir hierzulande nach der Überzeugung, dass wir die Schweiz als unsere gemeinsame Aufgabe ansehen. Das kommt im Milizprinzip mit all seinen Formen zum Ausdruck, von der freiwilligen Feuerwehr über die Milizparlamente auf allen Stufen bis zu unserem Vereinswesen. Überall gilt der Grundsatz, dass wir Bürger selber anpacken. Wir sind gut damit gefahren, denn so verhindern wir einen übermächtigen und aufgeblasenen Staatsapparat.

In der wichtigen Frage der Sicherheit gilt das ganz besonders: Wir Bürger sind der Souverän, also die oberste Instanz. Darum tragen wir auch die Verantwortung für die Sicherheit im Land – die Wahrung der Sicherheit ist Chefsache und darf nicht delegiert werden!

**AUNS:** Wie beurteilen Sie die aktuelle Situation in der EU?

**Bundesrat Maurer:** Die Schuldenkrise wird sich wirtschaftlich während Jahren negativ auswirken. Ob die sich daraus ergeben-

de Unsicherheit Folgen für den Zusammenhalt der EU haben wird, ist ungewiss.

**AUNS:** Die EU droht mehr oder weniger offen mit einem erschwerten Zugang zum EU-Binnenmarkt, wenn die Schweiz bei der Steuerpolitik nicht einlenkt und neues EU-Recht im Bereich der Bilateralen nicht akzeptiert. Sind wir erpressbar?

**Bundesrat Maurer:** Wir haben in den vergangenen Jahren fast immer nachgegeben. Da ist es doch nur logisch, dass unsere Gegenparteien daraus den Schluss ziehen: Wir müssen etwas Druck aufsetzen, dann gibt uns die Schweiz, was wir wollen. Wir sollten aber endlich merken, dass schnelles Nachgeben nur immer zu neuen, noch weiter gehenden Forderungen führt.

**AUNS:** Nimmt die Schweiz in der nächsten Legislaturperiode EU-Beitrittsverhandlungen auf?

**Bundesrat Maurer:** Nein, denn ein Beitritt zur EU ist nicht mehrheitsfähig. Der Weg ist darum ein anderer: Durch Verträge, die vorgeblich eher technische Angelegenheiten regeln, wie beispielsweise ein Stromabkommen, sollen auch grundsätzliche Verpflichtungen eingegangen werden. Das könnte bis zur automatischen Rechtsübernahme gehen, das heisst, wir würden nicht nur das bestehende Recht übernehmen, sondern auch das künftige. Ohne eine eigentliche Beitrittsdiskussion zu führen, könnten wir so ähnlich stark an die EU gebunden werden, wie das der EWR-Vertrag vorgesehen hätte.

**AUNS:** Herr Bundesrat, wir danken für dieses Gespräch.

Das Gespräch führte Werner Gartenmann



**Nach 20 Jahren:**

## **EWR-NEIN DURCH DIE HINTERTÜR**












Der Bundesrat hat am 1. Februar 2012 seine Vorstellungen von der EU-Politik präsentiert. Bundesrat Schneider-Amman hält den Bilateralismus für den Königsweg. Der neue Aussenminister, Bundesrat Didier Burkhalter, beabsichtigt, das Energie-Dossier rasch mit einem bilateralen Vertrag abzuschliessen. Anhand dieses neuen bilateralen Vertrages soll modellhaft aufgezeigt werden, wie die Schweiz neues EU-Recht übernehmen wird. Details gab er allerdings keine bekannt. Die EU fordert eine dynamische Übernahme von Folgerecht. In Wahrheit heisst das nichts ande-


res, als ein automatischer Nachvollzug. Die EU beteuert zwar immer, die Schweiz könne nach wie vor Nein zu neuem Recht sagen. Aber gleichzeitig droht sie, dann würden einzelne Verträge oder ganze Vertragspakete von der EU einseitig gekündigt.

Fazit: Die Schweiz darf als Nicht-EU-Mitglied auf keinen Fall eine automatische bzw. dynamische Rechtsübernahme akzeptieren. Die Souveränität wäre sonst aufgegeben. Deshalb lehnt die AUNS ein Rahmenabkommen und die Strategie eines «gesamtheitlichen und koordinierten Ansatzes» (Begriff des

Bundesrates) ab. Denn diese Strategie hat nur zum Ziel, über alle bilateralen Verträge die automatische Rechtsübernahme und die Unterstellung der Schweizer Gerichte unter die EU-Rechtssprechung zu stülpen. Die AUNS nimmt den Bundesrat beim Wort. In der bundesrätlichen Medienmitteilung vom 1.2.2012 steht klipp und klar: «Eine automatische Übernahme von EU-Recht durch die Schweiz ist nicht akzeptabel.» Insofern geben wir dem Bundesrat noch eine «Gnadenfrist». Keinen EWR durch die Hintertür – keine Missachtung des Volkswillens.

## **GEPLANTE NEUE BILATERALE:**

<b>Thema</b>	<b>Standpunkt AUNS</b>	<b>Kommentar, offene Fragen</b>
Strom/Energie		Verlust des Föderalismus? Souveränitätsverlust in der Energiepolitik? Ausverkauf der heimischen Wasserreserven?
REACH (Chemikaliensicherheit: Registration, Evaluation, Authorisation and Restriction of Chemicals)		Nutzen? Bürokratie? Übernahme von EU-Recht?
Agrar		Gefährdet die Schweizer Landwirtschaft im Kern, mehr Importe, Auslandsabhängigkeit steigt, Qualität der Lebensmittel sinkt.
Gesundheit		Nutzen? Bürokratie? Übernahme von EU-Recht?
Lebensmittel- und Produktesicherheit		Nutzen? Bürokratie? Übernahme von EU-Recht? Schweizer Qualität?
Unternehmensbesteuerung und Zinsbesteuerung		Nein! Angriff auf die kantonale Steuerhoheit. Noch mehr Zahlungen an EU-Steuerbehörden. Weitere Erpressung.
Handel mit CO <sub>2</sub> -Emissionszertifikaten		Nutzen? Bürokratie? Übernahme von EU-Recht?
Satelliten navigationsprogramm Galileo		Bereits Geld investiert. Fass ohne Boden?
Zusammenarbeit zwischen den Wettbewerbsbehörden		Nutzen? Bürokratie? Übernahme von EU-Recht?
Rahmenabkommen im Bereich der friedensfördernden Einsätze		Nein. Verletzt die immerwährende bewaffnete Neutralität.
Schweizer Erweiterungsbeitrag (weitere Milliardenzahlungen)		Nein. Solange die EU mit Drohungen und Erpressungen auftritt, gibt es auch kein Geld. Was geschieht mit dem Geld?

**Standpunkt AUNS:**  = abwarten, Vor- und Nachteile noch nicht erkennbar.  = strikte Ablehnung



Anton Keller,  
Parlamentarier-Sherpa («Tatsachenlieferant»!)  
seit 40 Jahren -  
Kontakt: swissbit@solami.com

## FREI NUR BLEIBT, WER SEINE FREIHEIT GEBRAUCHT

Illustriert an den Beispielen Leserbrief-Zensur und Finanzplatz



Hatten Sie auch schon Anlass, Lust oder sonst was, um – als souveräner Bürger, der Sie eigentlich sind – auf eine Entwicklung einzuwirken oder ganz einfach auf einen Zeitungsartikel zu reagieren? Vor dem Internet-Zeitalter gabs die Leserbrief-Seite, wo mir *Der Bund* und *Der Spiegel* von der Vielfältigkeit und vom Umfang her noch gut in Erinnerung sind. Das ergab dann im besten Fall die Beachtungsgenugung einer Eintagsfliege, respektive ein einwöchiges Aufmerksamkeitsfenster. Mit den uns alle überschwemmenden veränderten Lese- und Kommunikationsgewohnheiten wächst die Bedeutung der elektronischen Echtzeit-Leserzuschriften wie E-Mails, Blog-Kommentare usw. auch gegenüber den Anlass gebenden Artikeln selbst. Sie stehen auch bezüglich Langlebigkeit in Konkurrenz zum Werk des Journalisten und zeichnen sich nicht selten durch grösseren Tiefgang, mehr Fachwissen und weiterführende Perspektive aus. Darin liegt auch für die Entwicklung des Verhältnisses Bürger–Staat ein he-

erausforderndes und ermutigendes Potenzial. Statt Bücher zu schreiben, die kaum jemand liest, habe ich deshalb in den vergangenen 15 Jahren begonnen, meine Erfahrungen und Erkenntnisse zu aktuellen Themen in elektronischen Kurzkommentaren auf den Punkt zu bringen (die voll indexierte Sammlung dazu findet sich auf [www.solami.com/iconoc.htm](http://www.solami.com/iconoc.htm)).

Die unterschiedliche Handhabung dieser tief greifenden Entwicklungen im In- und Ausland ist aufschlussreich. Die beobachteten Zeichenanschlagslimiten für Leserbriefe sind: *Tagesanzeiger*, *Basler Zeitung* 400; *NZZ* 950; *FAZ* 1000; *Spiegel* 1200; *Zeit* 1500; *New York Times* 2500; *Economist* 5000. Gegenüber inländischen Redaktionen scheinen ausländische Zeitungsmacher diese aktive Leserbeteiligung sehr viel mehr zu erkennen, zu berücksichtigen und zu fördern. Das zeigt sich insbesondere auch bezüglich Zensur-ähnlicher Einschränkungen. Ausländische Kolleginnen und Kollegen habe ich bisher fast nie als inhaltliche,



### Aussenpolitischer Bericht 2011 auf [www.auns.ch/](http://www.auns.ch/) Bundeshaus abrufbar

Lesen Sie den Aussenpolitischen Bericht 2011 des Bundesrates! Wir empfehlen, die Kapitel Europäische Union auf Seite 28 und Neutralität auf Seite 126 zu lesen. Mit der EU sollen unzählige neue bilaterale Abkommen abgeschlossen werden. Nach rund 20 Jahren EWR-Nein droht uns eine endgültige schleichende EU-Einbindung. Das Kapitel Neutralität zeigt auf, dass der Bundesrat an der Relativierung der Neutralität (aktive Neutralität) festhält. Beachten Sie dazu [www.initiative.ch](http://www.initiative.ch)

---

«Hatten Sie auch schon Lust, als souveräner Bürger auf einen Zeitungsartikel zu reagieren und einen Leserbrief zu schreiben?»

---

sondern höchstens als um Stunden verzögernde Torhüter schätzen gelernt. Dies im Gegensatz zu staatsgläubigen hiesigen Bücklingsmachern und Weisheits-Monopolisten, wobei gewisse NZZ-Dünnbrettbohrer sich mit acht Zugangsverweigerungen für mich an die Schweizer Zensurspitze gestellt haben – sogar noch vor gewissen noch mehr obrigkeitshörigen Grünschnäbeln des *Tagesanzeigers*. Ob all diese Seldwyler in dieser auch dem NZZ-VR-Präsidenten gemeldeten «Vom-hohen-Ross-herab-Position» sich noch lange in ihrer Selbstgefälligkeit halten können, wird sich weisen. Für den souveränen Bürger ist es jedenfalls anregend, solchen Anmassungen wirksam entgegenzutreten und sich dank dem Internet konstruktiver als je zuvor einbringen zu können.

Das zweite Beispiel für eine eigenständigere, würdigere und zukunftssträchtigere Haltung betrifft unser gemeinsames Erbe, unsere Position als Finanzgrossmacht und unseren fahrlässig aufs Spiel gesetzten Werk- und Finanzplatz. Seit der weltweiten Aufhebung des Goldstandards, seit der Entankerung auch unserer Währung 1971 und danach ist der Wurm drin und sitzt uns der Teufel im Nacken. Aus dem Nichts gestampftes, durch nichts unterlegtes und mittlerweile verzweifachtes Geld verzerrt und überschwemmt tsunamiähn-

lich die realen Volkswirtschaften. Wer wie die Weissgeld-Pharisäer die Grundfehler nicht eingesteht, Wiedergutmachung an die verratenen Bankkunden verweigert und sich mit Seiltricks, «Genfereien» und Schlaumeiereien prinzipien- und vernunftwidrig an Ort durchzuschummeln versucht, statt sich zeitig auf die nahe gelegene Anhöhe zu begeben, verbaut sich selbst und uns allen die Zukunft. Wehklagen und markige Sprüche sind unglaubwürdig und kein Ersatz für fundiertes und konsequentes Handeln. Dazu gehören ein sofortiger Stopp dem andauernden Souveränitäts-, Kunden- und Interessen-Verrat, dem Bankdatentransfer, welcher den US-Begehrlichkeiten unablässig Vorschub leistet, sowie schnellstmögliche Besinnung auf das uns anvertraute Erbe und Rückkehr zur Lex Helvetica (keinerlei namenlose Gruppenanfragen in Amts- und Rechtshilfefällen, keine weiteren Kniefälle vor ausser Kontrolle geratenen fremden OECD-, FATF<sup>1</sup>- und IRS<sup>2</sup>-Bürokraten)!

**Frei nur bleibt, wer seine Freiheit gebraucht!**<sup>3</sup>

<sup>1</sup> Von der G7 und EU-Kommissionspräsident eingesetzter Arbeitskreis Massnahmen zur Geldwäschebekämpfung.

<sup>2</sup> US-Steuerbehörde

<sup>3</sup> Vergleiche Präambel Bundesverfassung

## BUCH- EMPFEHLUNG:



Der Roman **«Der Storykiller»** von **Philipp Probst** ist ein spannender Schweizer Thriller.

Der Autor lässt eintauchen in die Arbeit der politischen Zeitungsredaktionen. Die Schauplätze sind sorgfältig recherchiert. Das Pikante an der Geschichte: Der Bundesrat bereitet auf dem ehemaligen Militärflugplatz Interlaken den Bau eines unterirdischen Stützpunktes und einer Kampfhelikopter-Basis für die zukünftige Euro-Armee vor. Obwohl die Schweiz nicht EU-Mitglied ist, sollen unter Täuschung der Öffentlichkeit die Bauarbeiten beginnen. Der Bundesrat geht derweil davon aus, dass der EU-Beitritt rasch kommt. Die Geschichte ist zwar fiktiv. Trotzdem begleitet den Leser das Gefühl, dass der Realitätsbezug vorhanden ist. Wird der EU-Beitritt nicht auch mit Täuschungsmanövern vorbereitet (Bilaterale, Rahmenabkommen usw.)?

Philipp Probst,  
Der Storykiller, 448 Seiten  
ISBN 978-3-85882-565-0  
CHF 39.80  
Appenzeller Verlag



Philipp Probst  
**Der Storykiller**



## HISTORISCHE PARALLELEN DES EUROSYSTEMS

Der letzte Reichsbankpräsident und Reichswirtschaftsminister des NS-Regimes, Walther Funk, hat bei verschiedenen Anlässen seine Vorstellungen von einer Währungs Kooperation in Europa beschrieben, die dem heutigen System nicht unähnlich sind: Die von ihm unter den Begriffen «wirtschaftliche Neuordnung Europas» oder «Neuaufbau der europäischen Wirtschaft» angeführte Diskussion wirft ein etwas schiefes Licht auf die aktuelle Eurodebatte.

### **Vorgänger des Systems fester Wechselkurse**

Wenn Parallelen zwischen dem Euro und den NS-Währungs kooperationsmodellen bestehen, dann muss man annehmen, dass der Euro der deutschen Wirtschaft Vorteile bringt. Erst die dauerhafte Verankerung der Wechselkurse im Eurosystem stellte jene Garantie her, die auch Funk ein halbes Jahrhundert zuvor vorschwebte. Für Funk hatte ein gut funktionierendes Verrechnungssystem mit festen Umrechnungssätzen über möglichst lange Zeiträume eine zentrale Bedeutung, um den europäischen Absatzmarkt und den Plan eines deutsch-europäischen Grosswirtschaftsraumes zu sichern. In beiden Systemen möchte man bewusst sowohl die Preisstabilität als auch den Absatzmarkt sichern, ohne jedoch eine typische Währungsunion zu errichten. Die zentral über die Berliner Verrechnungskasse geführten Verrechnungskon-

ten sollten die spätere Grundlage für die Verrechnung innerhalb eines Währungsverbundes mit festen Wechselkursen werden. Nur schwer kann man sich heute des Eindrucks erwehren, dass nicht wenige seiner Ansätze bis heute Bestand haben, auch wenn das nicht offen thematisiert wird, was wiederum nicht verwunderlich ist. Diese Rahmenbedingungen haben aber offenbar nicht unwesentlich dazu beigetragen, dass der Euroraum zu dem wurde, was er heute ist: ein von der deutschen Wirtschaft und Politik massgeblich geprägter Wirtschaftsraum, der sich gerne mit wohlklingenden Einheitsmäntelchen und Solidaritätsansprüchen schmückt.

### **Die Idee der Europabank**

Von besonderer Aktualität erscheint heute eine Denkschrift von Herbert Martini, dem Leiter der Kreditabteilung der Hauptabteilung IV im Reichswirtschaftsministerium, in der diverse Fragen der Währungs Kooperation erörtert wurden. Während er für einen Einheitsstaat eine Einheitswährung vorsah, befürwortete er für einen Staatenbund einen Währungsverbund und die Festsetzung der Wechselkurse. So könnten deutsche Vertreter bei den jeweiligen Notenbanken durch verschärfte Deckungsbedingungen die Staaten zur Haushaltsdisziplin zwingen. Zum Funktionieren dieses Währungsverbundes schlug der Experte die Gründung einer Europabank mit Sitz in Wien vor. Die No-

tenbanken der beteiligten Staaten sollten durch Verträge mit dieser Europabank verbunden werden, welche alle Forderungen der Mitgliedsländer verrechnet. Die Europabank hatte die Aufgabe, als zentrale Verrechnungskasse zu fungieren, nachdem die Wechselkurse der Währungen festgelegt werden würden. Martinis Denkschrift ist das erste Dokument aus der NS-Zeit, welches den Begriff der «Europabank» verwendet und als Gerüst für die Satzung der EZB gedient hat.

Als besonderen Vorteil führte Martini aus, dass ein Währungsverbund aussenpolitisch die Selbstständigkeit der Länder demonstriere, jedoch innerhalb des Währungsraums die Länder so stark an Deutschland gebunden seien, dass später ein Ausstieg nicht mehr möglich sei. Der deutsche Experte war nach 1945 Stellvertreter des deutschen Beraters für den Marshallplan, Vorstandsmitglied der Kreditanstalt für Wiederaufbau und Aufsichtsrat bei der Lufthansa und Mitglied des Rats der Europäischen Investitionsbank. Ähnlich scheint das Modell der Struktur im Eurosystem zu sein: Das dezentrale System der Refinanzierung der nationalen Geschäftsbanken durch die siebzehn NZB (Niederlassungen der Europäischen Zentralbank) scheint ebenfalls diesem Konzept der dezentralen Wirtschaftslenkung zu entsprechen. So lassen sich auch die unterschiedlichen Preise und Realzinsen im Euroraum nachvollziehbar erklären.



Heinrich L. Wirz  
Militärpublizist SFJ/BR und Bundeshaus-Journalist  
Oberst des Armeestabes (Operative Schulung) ausser Dienst  
Kontakt: heinrich.l.wirz@bluewin.ch

# OHNE MILITÄRDIENTSTPFLICHT KEINE SCHWEIZER MILIZARMEE!

## Irreführende Volksinitiative «Ja zur Aufhebung der Wehrpflicht»

### Was wollen die Initianten vordergründig?

Artikel 58 Bundesverfassung (BV) von 1999 lautet: «Jeder Schweizer ist verpflichtet, Militärdienst zu leisten. Das Gesetz sieht einen zivilen Ersatzdienst vor». Die Initianten wollen diesen Artikel mit dem gegenteiligen Wortlaut ersetzen: **«Niemand kann verpflichtet werden, Militärdienst zu leisten. Die Schweiz hat einen freiwilligen Zivildienst.»** Sie geben vor, ihre Initiative berühre Artikel 59 BV nicht, wonach die Schweiz eine nach dem Milizprinzip organisierte Armee hat. Sie behaupten, eine Berufsarmee auszuschiessen: «Folge der Initiative ist eine freiwillige Milizarmee.» Bereits hier beginnen die verführerischen Begriffsverwirrungen, mit denen den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern Sand in die Augen gestreut werden soll.

### Was wären die Folgen der Anti-Wehrpflicht-Initiative?

Diese wäre das Ende der Milizarmee schweizerischen Zuschnitts. Das Stimmvolk hat jedoch 1999 die neue Bundesverfassung sowie 2003 das revidierte Militärgesetz mit dem Grundsatz der Wehrpflicht angenommen (Artikel 2): Jeder Schweizer ist militärdienstpflichtig. Der Versuch, das Ergebnis dieser Volksabstimmungen schon wieder umzukehren, ist eine undemokratische Zwängerei – in Richtung eines stehenden Berufsheeres von Freiwilligen. Wie ein solches Gebil-

de personell und vor allem finanziell ausgestattet sowie organisiert, ausgebildet, ausgerüstet, geführt und eingesetzt würde, verschweigen die Initianten. Eine Berufsarmee käme letztlich volkswirtschaftlich viel teurer, und die Sicherheit unseres Landes sänke. Sie fände zudem nicht genügend und kaum die geeigneten Leute, wie abschreckende ausländische Beispiele beweisen, neuerdings die Deutsche Bundeswehr mit akutem Personalmangel.

### Wer sind die Initianten und was wollen sie hintergründig?

Federführend und treibende Kraft ist die Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA), die namentlich durch die Sozialdemokratische (SPS) und die Grüne Partei der Schweiz unterstützt wird. So sind altbekannte Armeeabschaffer unter den Angehörigen des Initiativkomitees, namentlich Andreas Gross und Josef Lang, sowie weitere aktive und ehemalige armeegegenwärtige Mitglieder des Parlaments. Der Name der GSoA ist ihr erklärtes Ziel, und auch die SPS will gemäss ihrem Parteiprogramm die Armee beseitigen. Deshalb kann kein vernünftiger Mensch glauben, dass nur die Aufhebung der Wehrpflicht beabsichtigt wird. Nein, es geht hintergründig um ein stückweises Zerstören der Schweizer Milizarmee. Tückisch ist, dass die Initianten, anstatt mit offenen, mit nachweisbar gezinkten Karten spielen,

angefangen bei falschen Begriffen. Die versuchten Begründungen zur Anti-Wehrpflicht-Initiative sind ein Lehrstück für einen derartigen Etikettenschwindel, zum Beispiel, eine Truppe bezahlter Söldner als «freiwillige Milizarmee» zu bezeichnen.

Dem chinesischen Philosophen Konfuzius (551–479 vor Christus) wird der Ausspruch zugeschrieben: Der Zerfall der Ordnungen beginnt mit einer Verwirrung der Begriffe.



---

«Der Zerfall der Ordnungen beginnt mit einer Verwirrung der Begriffe.» (Konfuzius)

---

# IN KÜRZE

## Spanien: Hälfte der Jugend ohne Arbeit!

Ende Dezember 2011 waren in der EU 23,8 Millionen Menschen ohne Arbeit (Quote: 9,9%). Im Euroraum betrug die Arbeitslosenquote 10,4%. Die höchsten Quo-



ten meldeten Spanien (22,9%), Griechenland (19,2%) und Litauen (15,3%).

In der EU waren 5,5 Millionen Personen im Alter unter 25 Jahren ohne Arbeit, davon rund 3,3 Millionen in den Euro-Staaten. Die höchsten Jugendarbeitslosenquoten verzeichneten Spanien (48,7%), Griechenland (47,2%) und die Slowakei (35,6%).

[eurostat Pressemitteilung vom 31.1.12]

**Fazit:** wahrlich eine weitere Errungenschaft des EU-Binnenmarktes.

## Schengen/Dublin: Markanter Anstieg der Asylgesuche

Das Bundesamt für Migration (BFM) hat am 19.1.12 die Asylzahlen 2011 veröffentlicht. Die Asylgesuche stiegen gegenüber dem Vorjahr um rund 45 Prozent auf 22'551. Das ist der höchste Gesuchseingang seit 2002. Wichtigstes Herkunftsland war Eritrea mit 3'356 Gesuchen, gefolgt von Tunesien (2'574) und Nigeria (1'895). Der starke Anstieg sei auf die Krise in Nordafrika und die seit März

offene Migrationsroute (!) nach Europa zurückzuführen.

Die Schweiz habe 3'621 Personen an die zuständigen Dublin-Staaten zurückführen können. Im Gegenzug musste die Schweiz 482 asylsuchende Personen übernehmen.

**Fazit:** Die Begründung für die massive Zunahme ist unvollständig. Denn erstens ist die Schengen-Ausgangsgrenze undicht. Zweitens ist die Schweizer Grenze undicht. Nach der Einführung von Schengen (Abbau der Personenkontrollen) hat die Schweiz das Grenzwachtkorps reduziert statt verstärkt. Die Armee kommt nach wie vor nicht zum Einsatz an der Landesgrenze. Dass die Schweiz «dank» Dublin mehr Personen in Erststaaten zurückführen konnte als sie von diesen übernehmen musste, ist Schönfärberei.



Die entscheidende Aussage lautet: «Dank» Schengen/Dublin kommen unter dem Strich doppelt so viele Personen über die löchrigen Grenzen. Da ändern ein paar Hundert Rückführungen nichts.

## Ständeratskommission will Volksrechte beschränken!

Die Staatspolitische Kommission des Ständerates will eidgenössische Volksinitiativen von der Bundesverwaltung noch stärker vorprüfen lassen. Verstosse ein Volksbegehren gegen die Grundrechte der Bundesverfassung oder der Europäischen Menschenrechtskonvention (!), soll es für ungültig erklärt werden.

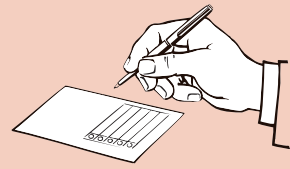
**Fazit:** Während in Europa und weltweit der Ruf nach mehr politischer Mitbestimmung immer lauter ertönt, wird unsere direkte Demokratie langsam eingeschlafert. EU-Anpassung und Internationalismus sind Bundesbern wichtiger als die Wahrung unserer politischen Freiheitsrechte.

## IWF ruft – Widmer-Schlumpf zahlt!

Der Internationale Währungsfonds IWF will noch mehr Geld von der Schweiz für die «Euro-Rettung»! Am WEF in Davos hat die Französin und IWF-Chefin Lagarde Bundesrätin Widmer-Schlumpf offenbar eine Rechnung präsentiert. Die Schweizer Finanzministerin hält die IWF-Forderung für nachvollziehbar. Eine Euro-Stabilisierung sei sehr wichtig.

**Fazit:** Der Bundesrat will offenbar weiter an die Fehlkonstruktion Euro bezahlen. Ein Unding, weil unser Land für den Euro keine Verantwortung trägt. Der Grössenwahn in EU-Brüssel sowie in Paris und Berlin trägt die alleinige Verantwortung für das Desaster. Am 17. Juni 2012 müssen wir die Staatsvertragsabstimmung gewinnen. Das Stimmvolk und die Kantone müssen das letzte Wort erhalten. Denn: Wer «krampft» für die Volkswirtschaft, für die Steuern?





## Freier Personenverkehr:

# MEHR MASSNAHMEN NOTWENDIG



### Freier Personenverkehr: mehr Massnahmen notwendig

In der Zwischenzeit bestreitet niemand mehr, dass Lohndumping und

Missbrauch (Schwarzarbeit) täglich zunehmen. «Der Bundesrat will Vollzug der flankierenden Massnahmen weiter optimieren!» Unter diesem harmlos klingenden Titel liess der Bundesrat am 20.1.2012 verlauten, die Massnahmen gegen missbräuchliche Lohnunterbietungen (Dumping) sollen erneut verstärkt werden. Deshalb muss der Kontrollapparat ständig verstärkt – «optimiert»! – werden. Und zwar auf Kosten der Steuerzahler. Die immer grösser werdende Kontrollbürokratie belastet zudem die Unternehmen. Übrigens wird Kroatien voraussichtlich im nächsten Sommer 28. EU-Mitglied. Der freie Personenverkehr mit der Schweiz gilt dann auch für Kroatien ...

**Fazit: Der ständige Ausbau der flankierenden Massnahmen beweist: Der freie Personenverkehr à la EU ist für die Schweiz der falsche Weg.**

### Abstimmungsbüchlein = Lügenbüchlein

«Keine massive Einwanderung zu befürchten  
Wie die Erfahrungen in der EU zeigen, sind die Ängste des Referendumskomitees, die Einwanderung aus EU-Staaten in die Schweiz werde stark zunehmen, nicht begründet: In Wirklichkeit sind die Wanderungsbewegungen innerhalb der EU gering. Unabhängige Studien kommen zum Schluss, dass negative Auswirkungen auf Arbeitsmarkt und Löhne ausbleiben. Dank den zusammen mit den Sozialpartnern ausgearbeiteten flankierenden Massnahmen besteht ein umfassender Schutz vor Lohn- und Sozialdumping.»

[Abstimmungsbüchlein vom 12.5.2000, Bilaterale I]



**Haben Sie die Neutralitäts-Initiative schon unterschrieben?**

[www.initiative.ch](http://www.initiative.ch)



### BESUCHEN SIE UNS:



[www.auns.ch](http://www.auns.ch)  
Aktuelle Informationen,  
politische Kommentare,  
Unterlagen bestellen!



Facebook!  
Geben Sie ein:  
[auns/asin/asni](https://www.facebook.com/auns/asin/asni)



**NICHT  
VERGESSEN**

**28. April 2012,  
10.30 Uhr,**  
Hotel National, Bern  
**Mitgliederversammlung der AUNS**  
Einladungsunterlagen  
folgen!



Hans Geiger  
 Emeritierter Wirtschaftsprofessor  
 Universität Zürich, Weiningen ZH  
 www.hansgeiger.ch

## FINANZPLATZ CH – EURO-KRISE – EU-POLITIK

**Sie fragen, Professor Hans Geiger antwortet!**



**Frage:** Stimmt die Behauptung von EU-Politikern, mit der jüngsten Herabstufung der Zahlungsfähigkeit von neun EU-Staaten unterstütze die Ratingagentur Standard & Poor's einen Währungskrieg der USA gegen Europa?

**Antwort:** Das ist Unsinn. Das Schlechteste für die USA und die amerikanische Wirtschaft wäre (oder ist) eine ernsthafte Krise in Europa. Zudem sind die Ratingagenturen gerade in der Beurteilung von Ländern gar nicht so unabhängig, wie oft gedacht wird. Die Kapitalmärkte sind oft schneller und besser in der Qualitätsbeurteilung, und die Ratingagenturen ziehen mit ihrem Urteil oft einfach hinten nach.

**Frage:** Warum gerät die Umschuldung Griechenlands ins Stocken?

**Antwort:** Die offiziellen Vorschläge sind unfair und gefährlich. Die Idee dahinter ist, dass die privaten Anleger, z.B. Pensionskassen, ihre Griechenland-Obligationen um 50 Prozent abschreiben sollen, die öffentlichen – das sind vor allem die Zentralbanken und auch Banken – sollen 100 Prozent erhalten. Das ist oft auch im Widerspruch zu den rechtlichen Vereinbarungen. Es zerstört die freien Finanzmärkte.

**Frage:** Was bedeutet die geplante EU-Finanztransaktionssteuer? Welche Folgen hat sie für die Schweiz?

**Antwort:** Angeblich geht es den EU-Politikern – ausser den Engländern – darum, «die Spekulation einzudämmen». Das ist ein reiner Vorwand. Es geht ihnen nur darum, neue und höhere Steuern zu kassieren. Wenn unsere Regierung die schweizerischen Interessen vertreten sollte (sie sollte natürlich), dann ist das gut für die Schweiz, weil die Geschäfte dann in der Schweiz abgewickelt werden.

**Frage:** Am EU-Gipfel vom 30. Januar 2012 haben die Regierungschefs den sogenannten Fiskalpakt und einen Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) beschlossen. Ist die Euro- und Schuldenkrise gelöst?

**Antwort:** Der Fiskalpakt ist nichts anderes als die Wiederauflage der Vorschriften zur Begrenzung der Schulden und Defiziten der Euro-Länder aus dem Maastricht-Vertrag von 1992. Wenn die Vorschriften diesmal eingehalten würden, wäre das sicher ein Fortschritt. Der ESM soll dazu dienen, vorübergehende Ungleichgewichte auszugleichen. Die Ungleichgewichte (z.B. zwischen Deutschland und Italien) sind aber nicht «vorübergehend», sondern fundamental. Die Eurokrise lässt sich damit nicht lösen, sondern nur etwas verschieben.

Auf [www.auns.ch](http://www.auns.ch) können Sie Ihre Frage stellen! Oder senden Sie eine E-Mail an [geiger@auns.ch](mailto:geiger@auns.ch)

**Die Antworten werden auf [www.auns.ch](http://www.auns.ch) und im AUNS-Bulletin (Auswahl) publiziert.**



**Noch nicht Mitglied bei der Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS)?**

- Mitglied ( Ehepaar),  Gönner oder  Sympathisant
- Jahresbeiträge: Mitglieder 35 Fr. (Ehepaare 50 Fr.), Gönner 100 Fr., Sympathisanten nach freiem Ermessen.
- Senden Sie mir ausführliche Informationen über die AUNS.

Name/Vorname \_\_\_\_\_

Adresse \_\_\_\_\_

PLZ/Ort \_\_\_\_\_

Datum/Unterschrift \_\_\_\_\_

E-Mail \_\_\_\_\_

Einsenden an: AUNS, Postfach 669, 3000 Bern 31, Telefon 031 356 27 27  
 E-Mail: [auns@auns.ch](mailto:auns@auns.ch), Internet: [www.auns.ch](http://www.auns.ch)

